

Niederschrift

zur 7. Sitzung des Gemeinderates der Stadt Leimen am Donnerstag, dem 26.07.2007, 18.30 Uhr, im Ferdinand-Reidel-Saal des Paul-Gerhardt-Hauses, Turmgasse 23 in Leimen

- öffentlich -

Beginn: 18.30 Uhr
Ende: 22.20 Uhr

Anwesend: Oberbürgermeister Ernst
 Erster Bürgermeister Sauerzapf

Von den Stadträten: Dr. Anselmann, Peter
 Appel, Hans
 Bader, Richard
 Balzer, Brigitte
 Felden, Claudia
 Frühwirt, Ralf
 Gruler, Monika
 Hellinger, Horst ab 18.35 Uhr
 Hörnberg, Ingrid
 Janscho, Anke
 Jundt, Günter
 Kalischko, Kai-Uwe
 Kohr, Hans-Jürgen
 Kraft, Hans-Georg
 Krauth, Wolfgang
 Dr. Lohneis, Martin
 Mühlböck, Hans-Jürgen
 Rajki, Laszlo bis 21.30 Uhr
 Reinig, Michael
 Rückemann, Gerhard ab 18.50 Uhr
 Schleicher, Ilse
 Stather, Alfred
 Sterzenbach, Dieter
 Unverfehrt, Dietrich
 Wagner, Karl-Heinz
 Woesch, Rudolf

Entschuldigt: Agena, Dirk krank
 Appel-Schlund, Gabriele privat verhindert
 Jäkel, Siegwald privat verhindert
 Miltner, Bernhard privat verhindert
 Dr. Sandner, Peter Urlaub
 Stern, Wolfgang beruflich verhindert

Als Gäste:

Currle, Jan	KE/LLBW	bis 19.30 Uhr
Hilsheimer, Anselm	KE/LLBW	bis 19.30 Uhr

Von der Verwaltung:

06	Stadtoberverwaltungsrat Sauerzapf
1	Stadtverwaltungsrat Börgerding
1.2	Stadtamtsrat Berggold
2	Angestellter Lange, W.-D.
3	Stadtoberverwaltungsrat Stamm
6	Stadtoberamtsrat Schwarz
8	Angestellter Kuhn
14	Stadtamtsrat Heinzmann

Stadtamtmann Ullrich
Protokollführer

TAGESORDNUNG

zur 7. Sitzung des Gemeinderates der Stadt Leimen am Donnerstag, dem 26.07.2007, 18.30 Uhr, im Ferdinand-Reidel-Saal des Paul-Gerhardt-Hauses, Turmgasse 23 in Leimen

- öffentlich -

1. **Fragestunde**
2. **Protokolle**
Protokollbeurkundung
Benennung von Urkundspersonen
3. **Sanierungsmaßnahmen Ortskern St. Ilgen** 58/2007
 - a. Kenntnisnahme des Ergebnisses der vorbereitenden Untersuchungen
 - b. Förderrichtlinien
 - c. Förmliche Festlegung des Sanierungsgebiets
4. **Bebauungsplan Leimen-Mitte** 59/2007
Änderung des Bebauungsplans Kurpfalz-Centrum
5. **Gemeinderat** 60/2007
Bekanntgabe von Entscheidungen aus nichtöffentlicher Sitzung
6. **Haushalt** 61/2007
Annahme von Zuwendungen nach § 78 Abs. IV GemO
7. **Haushalt** 62/2007
Haushaltsrechnung
8. **Haushalt** 63/2007
Überplanmäßige Ausgaben
9. **Baumaßnahmen** 64/2007
Sanierung Begegnungsstätte Ortskern
10. **Baumaßnahmen** 65/2007
Feuerwehr St. Ilgen
11. **Rettungsdienste** 66/2007
Neubau Fahrzeughalle
12. **Trägerverein VSM e. V.** 67/2007
Organisation
13. **Verschiedenes**

Oberbürgermeister Ernst begrüßt die anwesenden Mitglieder des Gremiums sowie die Damen und Herren im Zuhörerraum. Er stellt fest, dass die Tagesordnung rechtzeitig zugegangen und das Gremium beschlussfähig ist. Er fragt nach Einwänden gegen die Tagesordnung, solche werden nicht erhoben. Gegen das Einbringen zweier Tischvorlagen durch die Verwaltung erheben sich ebenfalls keine Einwände.

1. Fragestunde

Herr Peter Stadtherr erkundigt sich nach dem Sachstand „Bahnhofsvorplatz St. Ilgen“.

Oberbürgermeister Ernst antwortet, dass der Plan mit den zuständigen Verkehrsbehörden abgestimmt werden muss.

Stadtoberverwaltungsrat Stamm ergänzt, dass man mit dem BRN für alle vier genannten Kritikpunkte Lösungsvorschläge erarbeitet habe, in der kommenden Woche erwarte man die Stellungnahme der Polizei hierzu.

Stadtrat Hellinger nimmt ab 18.35 Uhr an der Sitzung teil.

Herrn Hans-Joachim Hönig ist Anwohner der Bahnhofstraße. Er befürchtet durch die neue Querspange an der „Schwarzen Brücke“ zunehmenden Verkehr und damit weitere gefährliche Situationen in der Bahnhofstraße. Er möchte wissen, ob es ein Gutachten gibt, das die Auswirkungen des Verkehrs auf diese Straße darstellt und was von Seiten der Verwaltung in dieser Richtung geplant sei.

Oberbürgermeister Ernst entgegnet, dass im Sanierungsbeirat bereits darüber gesprochen wurde. Ein dort eingebrachter Vorschlag lautet, die Bahnhofstraße für den Durchgangsverkehr zu sperren.

2. Protokolle

Protokollbeurkundung
Benennung von Urkundspersonen

Oberbürgermeister Ernst ruft das Protokoll Nr. 6 vom 28.06.2007 auf. Urkundspersonen sind die Stadträte Kraft und Unverfehrt. Einwände werden nicht erhoben. Als Urkundspersonen der heutigen Sitzung werden die Stadträte Mühlböck und Schleicher benannt.

- 3. Sanierungsmaßnahmen Ortskern St. Ilgen** 58/2007
- a. Kenntnisnahme des Ergebnisses der vorbereitenden Untersuchungen
 - b. Förderrichtlinien
 - c. Förmliche Festlegung des Sanierungsgebiets

Herr Hilsheimer stellt die Ergebnisse der vorbereitenden Untersuchungen vor, hier seien auch „Leimen-Aktiv“ im BdS und der Stadtteilverein eingebunden worden (Anlage 1 zum Protokoll).

Stadtrat Rückemann nimmt ab 18.50 Uhr an der Sitzung teil.

Herr Curle beschreibt das Neuordnungskonzept.

Oberbürgermeister Ernst ergänzt, dass für den 16. Oktober eine Informationsveranstaltung zu diesem Thema in St. Ilgen geplant sei.

Herr Hilsheimer verdeutlicht das Realisierungskonzept und die Rechtsinstrumentarien, er empfehle wie in Leimen das sog. „vereinfachte Verfahren“.

Stadtrat Appel weist darauf hin, dass die Eigentümer eines großen Teils des Sanierungsgebietes sich nicht an den Maßnahmen beteiligen wollen und fragt, ob die Grenzen des Gebietes deshalb geändert werden könnten.

Oberbürgermeister Ernst antwortet, dass selbstverständlich niemand zu einer Sanierung gezwungen werde.

Herr Hilsheimer ergänzt, dass eine Satzung keine Maßnahme implementiere, von daher könne man die Grenzen problemlos belassen.

Auf ausdrückliche Nachfrage von Oberbürgermeister Ernst erklärt sich außer Stadtrat Frühwirt niemand für befangen.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Sanierungsmaßnahmen Ortskern St. Ilgen)

Der Bericht der Kommunalentwicklung über die Ergebnisse der vorbereitenden Untersuchungen gemäß § 141 BauGB vom Mai 2007 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Stadtrat Frühwirt erklärt sich bei den Punkten 3b und c für befangen und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Sanierungsmaßnahmen Ortskern St. Ilgen)

Den Förderrichtlinien für private Bau- und Ordnungsmaßnahmen im Sanierungsgebiet „Ortskern“ St. Ilgen wird zugestimmt.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Sanierungsmaßnahmen Ortskern St. Ilgen)

Aufgrund des § 142 Abs. 1, 3 und 4 Baugesetzbuch und des § 4 Abs. 1 Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) in der jeweiligen Fassung beschließt der Gemeinderat folgende Satzung zur förmlichen Festlegung des Sanierungsgebietes „Ortskern“ in St. Ilgen:

§ 1
Förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes

Das im Lageplan vom 23.05.2007 mit unterbrochenen schwarzen Linien dargestellte Gebiet „Ortskern“ in St. Ilgen, in welchem zur Behebung städtebaulicher Missstände eine Sanierungsmaßnahme durchgeführt werden soll, wird als Sanierungsgebiet „Ortskern“ förmlich festgelegt.

Das Sanierungsgebiet umfasst im Wesentlichen die Bereiche:

- nördlich der Theodor-Heuss-Straße bis zum Leimbach
- Bebauung nördlich der Leimbachstraße zwischen Bahnhofstraße und Kirche
- Grundstück Theodor-Heuss-Straße 3, nördlich des Leimbach
- Südlich der Theodor-Heuss-Straße und des Leimbaches
- Westlich und östlich der Weberstraße bis zum Friedrichsplatz einschließlich Aegidiusweg Nr. 1-5.

Die genaue Abgrenzung des Sanierungsgebietes ergibt sich aus dem Lageplan vom 14.06.2007 (M 1:2.000). Dieser Lageplan ist Bestandteil dieser Satzung.

§ 2
Verfahren

Die Sanierungsmaßnahme wird im „vereinfachten“ Verfahren durchgeführt. Die Anwendung der besonderen sanierungsrechtlichen Bestimmungen §§ 153 – 156 a BauGB wird ausgeschlossen. Bis zum 31.12.2017 soll die Sanierung abgeschlossen sein.

§ 3
Genehmigungspflichten

Die Vorschriften des § 144 BauGB über genehmigungspflichtige Vorhaben, Teilungen und Rechtsvorgänge finden Anwendung und werden nicht ausgeschlossen.

§ 4
Inkrafttreten

Diese Satzung wird gemäß § 143 Abs. 1 BauGB am Tage der öffentlichen Bekanntmachung rechtskräftig.“

Stadträtin Gruler

weist darauf hin, dass die Geschäfte in St. Ilgen darauf angewiesen sind, dass man sie auch über die sog. Kleine Bahnhofstraße erreichen könne, daher solle man einen Kompromiss in dieser Angelegenheit anstreben.

Die Herren Currlé und Hilsheimer verlassen um 19.30 Uhr die Sitzung.

- 4. Bebauungsplan Leimen-Mitte** 59/2007
Änderung des Bebauungsplans Kurpfalz-Centrum

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Bebauungsplan Leimen-Mitte)

Der Bebauungsplan „Kurpfalzzentrum“ wird im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB geändert. Inhalt der Änderung ist die Streichung der ausnahmsweisen Zulässigkeit von Spielhallen, Billardräumen etc.

- 5. Gemeinderat** 60/2007
Bekanntgabe von Entscheidungen aus nichtöffentlicher Sitzung

Es ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Gemeinderat)

Die bekannt gegebenen Beschlüsse der 6. nichtöffentlichen Sitzung vom 28.06.2007 werden zur Kenntnis genommen.

- 6. Haushalt** 61/2007
Annahme von Zuwendungen nach § 78 Abs. IV GemO

Der Tagesordnungspunkt entfällt.

- 7. Haushalt** 62/2007
Haushaltsrechnung

Erster Bürgermeister Sauerzapf stellt die Ergebnisse der Haushaltsrechnung 2006 vor (Anlage 2 zum Protokoll). Als Tendenz für 2007 könne man eine wie geplant gleichbleibende bis leicht steigende Entwicklung sehen. Der Haushaltsentwurf 2008 werde ab September in die Gremien gebracht, die Verabschiedung sei für November vorgesehen.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Haushalt)

1. Die Ergebnisse der Haushaltsrechnung 2006 werden zur Kenntnis genommen.
2. Die Entwicklung der Ergebnisse 2007 im 1. Halbjahr werden zur Kenntnis genommen.

8. Haushalt Überplanmäßige Ausgaben

63/2007

Erster Bürgermeister Sauerzapf

erläutert die einzelnen Positionen. Würde man die erforderlichen Ausgaben nicht tätigen, würde dies nur eine noch teure Verlagerung in die Zukunft bedeuten. Man werde sich jedoch bemühen, die Beträge, die geschätzt seien, nicht vollständig auszuschöpfen.

Stadträtin Felden

bittet darum, für den Winterdienst 2008 realistische Zahlen vorzulegen. Daneben erkundigt sie sich nach den stattfindenden Umzügen der Verwaltung. Hinsichtlich der dadurch notwendig werdenden Renovierungsarbeiten bittet sie um getrennte Abstimmung.

Oberbürgermeister Ernst

verdeutlicht, dass die Umzüge aufgrund der Verlagerung der Verwaltung aus dem hinteren Bereich des Kurpfalz-Centrums erforderlich sind, um sinnvolle Arbeits- bzw. Organisationseinheiten bilden zu können. Gerne könne man im Herbst eine Besichtigung vornehmen.

Stadtverwaltungsrat Börgerding

ergänzt, dass der Umzug der Kämmerei erforderlich sei, da neue Sachbereiche gebildet wurden bzw. hinzugekommen sind. Die Räumlichkeiten im Rathaus seien bisher ausreichend gewesen, für die neuen Aufgaben seien sie jedoch zu beengt. Um die Arbeitsabläufe sinnvoll koordinieren zu können, sei ein Umzug daher unvermeidlich.

Stadtrat Woesch

drückt sein grundsätzliches Missfallen über die hohen Ausgaben aus. Da man deren Notwendigkeit in diesen Fällen jedoch anerkenne, stimme seine Fraktion zu.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss (Kennwort: Haushalt)

Die unten aufgeführten voraussichtlichen überplanmäßige Ausgaben 2007 werden genehmigt. Die Deckung erfolgt über die Mehreinnahmen im Kommunalen Finanzausgleich.

1.2200.500000/	Dach Fahrradschuppen Realschule	Es regnet durch. Teile des Holzes sind verfault.	30.000,--
1.2150.510000	Sanierung Aula GHS	Der Raum war PCP belastet.	60.000,--

1.6750.510000	Winterdienst/ Straßenreinigung	Damit der Jahresvertrag mit der TBL abgeschlossen werden kann.	60.000,--
1.7511.510000	Friedhofskapelle	Ergebnis der Ausschreibung war höher als die Kostenschätzung	100.000,--
1.6310.510000	Straßenunterhaltung	Anteil der Straßen- entwässerung Freibadpark- platz und Sanierung Straßenentwässerungskanal gemäß Kostenschätzung Ing. Büro Albrecht	200.000,--

Mit 1 Nein-Stimme (Stadträtin Gruler) und 2 Enthaltungen (Stadträte Felden und Kalischko) ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Haushalt)

Die unten aufgeführten voraussichtlichen überplanmäßige Ausgaben 2007 werden genehmigt. Die Deckung erfolgt über die Mehreinnahmen im Kommunalen Finanzausgleich.

1.0660.510000	KCL Renovierung 2. + 4. OG	Zusätzliche Renovierungsarbeiten	50.000,--
---------------	-------------------------------	-------------------------------------	-----------

TV. Baumaßnahmen
Sanierung Freibadparkplatz

Stadtrat Jundt

schlägt vor, den Platz für schwere LKW zu sperren, wenn es sich herausstelle, dass diese für die Beschädigungen der Rohre verantwortlich seien.

Erster Bürgermeister Sauerzapf

antwortet, dass der Parkplatz für LKW komplett gesperrt werde, nur für Busse bzw. die Fahrzeuge der DLRG und des DRK werde es Ausnahmen geben. Ursache für den Schaden sei aber in erster Linie das Alter der Rohre mit rund 45 Jahren bzw. der Baumbestand, dessen Wurzeln in diese Tiefe reichten.

Stadtrat Rückemann

schlägt vor, die Fläche so anzulegen, dass eine Entwässerung möglich ist.

Mit 6 Nein-Stimmen (Stadträtin Felden, Kalischko, Frühwirt, Mühlböck, Gruler und Kraft) und 5 Enthaltungen (Stadträte Stather, Appel, Bader, Hellinger und Dr. Lohneis) ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Baumaßnahmen)

1. Einer Eilentscheidung der Verwaltung zu nachstehend aufgeführten Arbeiten wird zugestimmt.

2. Das Bauamt wird ermächtigt, die öffentliche Ausschreibung zu veranlassen und nach Prüfung und Wertung der Angebote den annehmbarsten Bieter zu beauftragen.
3. Das Ing.-Büro Albrecht GmbH, Heidelberg, erbringt die Ingenieurleistungen.
4. Der Gemeinderat wird über die Vergabe der Leistungen informiert.

9. Baumaßnahmen
Sanierung Begegnungsstätte Ortskern

64/2007

Oberbürgermeister Ernst

erläutert die Vorlage. Das Gebäude befinde sich in einem sehr schlechten Zustand, der nicht länger hingenommen werden könne.

Stadtrat Unverfehrt

signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion, auch wenn er bedauere, dass die erbrachten Eigenleistungen der AWO damit umsonst waren.

Stadtrat Appel

verweist darauf, dass der Zustand schon seit Jahren bekannt sei, die Vorlage käme daher sehr überraschend. Die AWO stehe damit vor dem Nichts. Bei einem Abriss müsse man sich Gedanken machen, wie man einen Neubau auch für andere Zwecke nutzen könne, auch die Unterkellerung müsse berücksichtigt werden. Er bittet um eine Sitzungsunterbrechung.

Erster Bürgermeister Sauerzapf

erklärt, dass eine Baumaßnahme aufgrund der örtlichen Gegebenheiten nur von der derzeit noch gesperrten Bürgermeister-Lingg-Straße aus durchgeführt werden könne. Da diese aber im kommenden Jahr geöffnet werden solle, müsse die Maßnahme jetzt durchgeführt werden.

Stadträtin Felden

spricht sich auch aus Rücksicht auf körperbehinderte Besucher für einen Neubau aus, der dann auch entsprechende öffentlich zugängliche sanitäre Einrichtungen enthalten solle. Allerdings sei der Betrag von 600.000 € sehr hoch, sie wolle daher zuvor eine Aufstellung über die genauen Sanierungskosten. Wenn für diese Maßnahme ein hoher Landeszuschuss verbraucht werde, befürchte sie, dass keine Mittel mehr für private Investoren zur Verfügung stünden, die sich an der Ortskernsanierung beteiligen wollten.

Stadtrat Jundt

legt Wert darauf, dass in einem neuen Gebäude keine Wohnungen eingerichtet werden. Es sei sehr zu bedauern, dass die von der AWO geleistete Eigenarbeit unnötig gewesen sei. Man brauche jedoch aufgrund der wichtigen Arbeit der AWO einen Neubau, notfalls solle man anderes zurückstellen.

Stadtrat Woesch

möchte wissen, welche Wünsche die AWO habe und bittet ebenfalls darum, die Sitzung kurz zu unterbrechen.

Herr Kohr sen.

antwortet, dass die AWO einen stufenlosen Neubau bevorzugen würde und verweist auf die bestehende Einsturzgefahr.

Die Sitzung wird von 20.35 Uhr bis 20.45 Uhr unterbrochen.

Stadtrat Bader

erklärt, dass seine Fraktion der Vorlage mehrheitlich zustimmen werde. Da die genannten Kosten jedoch sehr hoch seien, wären Bedenken durchaus angebracht, seine Fraktion mache sich zudem Gedanken über Alternativen.

Stadtrat Reinig

stimmt dieser Aussage zu, betont aber, dass das man eine Sicherungspflicht habe und daher renovieren müsse. Man stimme einem Neubau zu, stelle aber den Antrag, zusammen mit der AWO ein Nutzungskonzept zu erstellen, das auch andere Möglichkeiten aufzeige. Um den schönen Hofcharakter zu erhalten, solle man dann auch in dieser Richtung gestalterisch tätig werden.

Oberbürgermeister Ernst

möchte den Hofcharakter ebenfalls erhalten sehen, auch werde man selbstverständlich mit der AWO entsprechende Gespräche führen.

Stadtrat Hellinger

bittet darum, Alternativen zu prüfen. Eine mögliche Öffnung der Bürgermeister-Lingg-Straße im kommenden Jahr sei seiner Fraktion unbekannt gewesen, man sei daher von anderen Voraussetzungen ausgegangen. Man fühle sich nun unter Zeitdruck gesetzt, dies könne man nicht akzeptieren, zumal man die Pro-Kopf-Verschuldung nicht noch weiter erhöhen wolle.

Oberbürgermeister Ernst

ist über diese Aussage erstaunt. Die zu erwartende Öffnung der Straße sei nichts Neues, sondern auch immer wieder in den Gesprächen über den Bebauungsplan angesprochen worden. Das Gebäude der AWO sei untersucht worden, von den dabei leider zu Tage getretenen Mängeln sei er selbst überrascht worden. Zu den nun getroffenen Maßnahmen gebe es aber keine Alternativen.

Stadtrat Woesch

macht deutlich, dass sich ein Zeitdruck vor allem durch den maroden Zustand des Gebäudes ergebe, seine Fraktion stimme einem Neubau zu.

Stadträtin Hörnberg

stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt bis zur Septembersitzung zu vertagen.

Mit 5 Ja-Stimmen (Stadträte Hörnberg, Frühwirt, Mühlböck, Kraft und Dr. Lohneis) ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Gremien)

Der Antrag Stadträtin Hörnbergs, den Tagesordnungspunkt bis zur Septembersitzung zu vertagen, wird abgelehnt.

Mit 5 Enthaltungen (Stadträte Kraft, Gruler, Mühlböck, Hörnberg und Frühwirt) ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Baumaßnahmen)

1. Dem Abriss und dem Neubau der beiden Gebäude an der Stadtmauer der Turmgasse, welche durch die AWO genutzt werden, wird zugestimmt.
2. Der überplanmäßigen Ausgabe wird zugestimmt.
3. Es werden keine planungsrechtlichen Schritte ergriffen.

Stadtrat Jundt

ist der Auffassung, dass auch bei einem Neubau die AWO Hausherr und damit für das Gebäude verantwortlich bleiben soll.

Oberbürgermeister Ernst

betont, dass in dem städtischen Gebäude nichts unternommen werden solle, was den Interessen der AWO zuwiderlaufe.

10. Baumaßnahmen
Feuerwehr St. Ilgen

65/2007

Oberbürgermeister Ernst

erläutert, dass der Aufstockungswunsch auf die Feuerwehr zurückgehe.

Erster Bürgermeister Sauerzapf

verdeutlicht, dass es heute um eine Summe von 60.000 € gehe, im Haushalt 2008 seien dann 100.000 € vorgesehen.

Stadtrat Frühwirt

wundert sich über die Höhe der Kosten und möchte wissen, wozu weitere Funktionsräume benötigt werden. Einen Bedarf könne er nicht erkennen, notfalls solle man sie auch für andere Zwecke nutzbar machen.

Oberbürgermeister Ernst

antwortet, dass zu wenig Jugendräume zur Verfügung stünden.

Erster Bürgermeister Sauerzapf

verweist darauf, dass ein neues Dach ohnehin notwendig sei. Daher sei man auf die Idee gekommen, ein neues Stockwerk aufzusetzen, das die Feuerwehr dann nach und nach ausbauen könne.

Stadträtin Felden

möchte zuvor eine genaue Kostenaufstellung haben, notfalls solle man vertagen. Auch solle geprüft werden, ob es für eine solche Maßnahme Fördermittel gebe.

Stadtrat Sterzenbach

ist gegen eine Vertagung. Die vorhandenen Einregentellen machten eine Dachsanierung unumgänglich, diese solle so schnell wie möglich erfolgen.

Stadtrat Kraft
sieht die Sachlage genauso.

Mit 1 Nein-Stimme (Stadträtin Balzer) und 6 Enthaltungen (Stadträte Gruler, Hellinger, Dr. Anselmann, Hörnberg, Kalischko und Unverfehrt) ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Baumaßnahmen)

1. Der Aufstockung des Gebäudes der Freiwilligen Feuerwehr St. Ilgen wird zugestimmt.
2. Im HH 2008 werden die restlich Finanzierungsmittel zur Verfügung gestellt.
3. Das Ing.-Büro Feuchter wird mit Ing.-Leistungen beauftragt.

Stadtrat Rajki verlässt um 21.30 Uhr die Sitzung.

11. Rettungsdienste
Neubau Fahrzeughalle

66/2007

Erster Bürgermeister Sauerzapf
gibt bekannt, dass von Seiten der Bundesorganisationen zu dieser Maßnahme keine Fördergelder gezahlt werden.

Stadtrat Jundt
bedauert dies.

Stadträtin Balzer
ist gegen das Vorhaben, andere Maßnahmen seien auch wichtig.

Mit 2 Nein-Stimmen (Stadträte Balzer und Jundt) ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Rettungsdienste)

1. Die FORL wird im Rahmen Ihres Bauvorhabens mit der Errichtung der Fahrzeughalle beauftragt.
2. Die Baukosten der Fahrzeughalle einschl. Mwst, werden der FORL auf der Basis der Kostenberechnung als Investitionszuschuss erstattet.

12. Trägerverein VSM e. V.
Organisation

67/2007

Stadtrat Kohr erklärt sich für befangen und nimmt an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Stadträtin Felden
stellt den Antrag auf getrennte Abstimmung. Sie könne nicht über die neue Satzung entscheiden, wenn ihr diese nicht vorliege, zudem befürchtet sie ein höheres Defizit als angegeben.

Oberbürgermeister Ernst

entgegnet, dass der derzeit bekannte Stand des Defizits genannt wurde. Die fehlende Satzung sei Sache der Mitgliederversammlung, nicht der Stadtverwaltung bzw. des Gemeinderats. Konkret müsse zu den Punkten 2, 6 und 7 ein Beschluss gefasst werden, die anderen Punkte seien nur zur Kenntnis zu nehmen.

Erster Bürgermeister Sauerzapf

fügt hinzu, dass das von der Musikschule und der Volkshochschule gemeldete Defizit noch durch das Rechnungsprüfungsamt geprüft werden müsse. Man werde daher vorerst nur eine Abschlagszahlung von 330.000 € bzw. 50.000 € leisten, um Zinszahlungen zu vermeiden.

Stadtrat Wagner

ist der Auffassung, dass die Musikschule bei einem Neubeginn schuldenfrei sein und mit dem vereinbarten Zuschuss von 150.000 € auskommen müsse. Er habe zwar gegen eine Zweierführung Vorbehalte, seine Fraktion könne aber mehrheitlich zustimmen und sei auch mit der vorgeschlagenen Abschlagszahlung einverstanden.

Stadtrat Jundt

sieht in dem aufgelaufenen Defizit ein grobes Versagen des Vorstandes in den letzten 15 Jahren, das seine Entscheidung, eine Schließung zu befürworten, bestätige. Es sei ein schwer erträglicher Zustand, einfach Schulden anzuhäufen, ohne dass dies juristische Konsequenzen habe. Dies sei Selbstbedienungsmentalität, er lehne daher diesen Tagesordnungspunkt ab.

Oberbürgermeister Ernst

entgegnet, dass kein Geld verschleudert, sondern für die musikalische Früherziehung verwendet werde. Gerade dieser wichtige Bildungszweig sei nicht kostenlos zu haben. Wenn man dies nicht wolle, hätte man einen entsprechenden Auflösungsbeschluss fassen müssen, dies sei jedoch nicht geschehen.

Stadtrat Frühwirt

zeigt sich über die Trennung erfreut, seine Fraktion sei schon bei der Gründung der VSM gegen diese Konstruktion gewesen. Er hofft nun, dass die zukünftige Entwicklung positiv verlaufe.

Es ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Trägerverein VSM e.V.)

1. Die von der Mitgliederversammlung des Trägervereins VSM e. V. beschlossene Trennung von Volkshochschule und Musikschule wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Weiterführung der Musikschule als Musikschule im Trägerverein Musikschule Leimen e. V. wird zur Kenntnis genommen.
3. Die neue Satzung des Trägervereins Musikschule Leimen e. V. kann mit Wirkung vom 01.10.2007 in Kraft treten.
4. Die Leitung der Musikschule wird Herrn Gerhard Schramm (päd. Leitung) und Herrn Karl Benz (Verwaltungsleitung) übertragen.

Mit 1 Nein-Stimme (Stadtrat Jundt) und 6 Enthaltungen (Stadträte Stather, Schleicher, Sterzenbach, Woesch, Hörnberg und Krauth) ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Trägerverein VSM e.V.)

1. Die Trennung/der Übergang erfolgt mit Wirkung zum 01.10.2007 (Semesterbeginn).
2. Dem Antrag der Mitgliederversammlung zur Übernahme der Volkshochschule zur Stadtverwaltung Leimen, der damit verbundenen Übernahme des Personals der VHS (Herr Kohr und Frau Eckel), sowie der damit verbundenen überplanmäßigen Ausgaben im städtischen Haushalt 2007 wird zugestimmt.
3. Die bis zum 30.09.2007 aufgelaufenen Defizite des Trägervereins VSM e. V. (Musikschule: 339.092,37€ und VHS: 59.297,41€) werden von der Stadt übernommen. Den überplanmäßigen Ausgaben wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen beim Finanzausgleich und durch die Deckungsreserve. Ausgezahlt werden Abschlagssummen in Höhe von 330.000 € und 50.000 €, die Restzahlung erfolgt nach Prüfung durch das RPA.

13. Verschiedenes

Sportparkhalle

Erneuerung der Elektrik

Es ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Sportparkhalle)

Die Auftragserteilung an die Fa. Gehrman wird zur Kenntnis genommen.

Erster Bürgermeister Sauerzapf gibt bekannt

- dass derzeit 15 Objekte für ein Energiecontracting analysiert würden, mit den Ergebnissen werde man in den Technischen Ausschuss gehen
- dass man beim Nachbarschaftsverband einen Antrag auf Herausnahme der JVA aus dem Flächennutzungsplan stellen werde

Stadtrat Woesch

möchte wissen, wie die Weinkerwe mit dem eingerüsteten Rathaus ablaufen soll.

Oberbürgermeister Ernst

antwortet, dass die Bühne auf die Straße verlegt werde.

Stadträtin Gruler

bittet um Prüfung, in wie weit die Bebauung der Julius-Becker-Straße zum neuen Bebauungsplan passt, außerdem interessiert sie die Gültigkeit der Genehmigungen.

Oberbürgermeister Ernst

antwortet, dass eine Genehmigung drei Jahre gültig ist, bis dahin müsse mit dem Bau begonnen werden.

Stadtrat Frühwirt

bezieht sich auf das ausgeteilte Entschuldigungsschreiben von Herrn Heinevetter und will wissen, ob die s.a.b. bereits auf die vorgebrachten Wünsche des Gemeinderats geantwortet habe.

Oberbürgermeister Ernst

erwidert, dass derzeit noch keine Antwort vorliege.

Stadtrat Appel

bittet darum, dass die Ämter während der Sprechzeiten auch erreichbar sind. Es solle nur für Verärgerung, wenn niemand angetroffen werde und auch kein Rückruf erfolge.

Oberbürgermeister Ernst

erklärt, dass man überlege, die Telefonanschlüsse mit einem individuellen Anrufbeantworter zu versehen. Vielfach sei eine Nichterreichbarkeit aber auch auf Termine, Urlaub oder Krankheit zurückzuführen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt Oberbürgermeister Ernst um 22.20 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Ullrich
Protokollführer

Ernst
Oberbürgermeister

Stadtrat Mühlböck

Stadträtin Schleicher